



# HESSISCHER LANDTAG

30.11.2016

HHA

## **Änderungsantrag**

### **der Fraktion DIE LINKE**

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die  
Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das  
Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) in der Fassung der  
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses**

**Drucksache 19/4093 zu Drucksache 19/3674**

Inhalt des Antrags: **Wirksame Resozialisierung**

Einzelplan **05** Hessisches Ministerium der Justiz

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 05 Vollzugsanstalten  
Buchungskreis: 2450

### Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Die Mittel werden aufgewendet, um den Krankenstand des Vollzugspersonals von über 10% mit der Schaffung neuer Stellen auszugleichen.

### Kameraler Haushalt:

**Beträge in EUR**

<b>Titel</b>	<b>Zweckbestimmung</b>	<b>von</b>	<b>um</b>	<b>auf</b>
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	102.589.800	+10.258.980	112.848.780

**Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**

**Begründung des Änderungsantrags:**

Es sind Stellen im Hinblick auf die Stärkung der inneren Sicherheit geschaffen worden. Das Ziel des Vollzugs von Freiheitsstrafen ist aber die Resozialisierung und dafür reichen die neuen Stellen nicht aus, sondern müssen noch weiter aufgestockt werden. Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben in Freiheit zu führen (§ 2 Strafvollzugsgesetz). Wirksame Resozialisierung setzt u.a. die Aufrechterhaltung sozialer Kontakte voraus. Dies geschieht sowohl durch Besuche von Freunden und Familie in der JVA aber vor allem auch durch Ausführung der Inhaftierten. Um dies in hinreichendem Maße sicherzustellen und zu ermöglichen muss genügend Personal vor Ort sein. Um die Situation der Inhaftierten zu verbessern und die Bediensteten zu entlasten, ist eine Aufstockung des Personals angezeigt. Der Krankenstand liegt deutlich über 10 %. Die Zahl der Krankenhausüberwachungen bindet massiv Personal, ohne dass diese Tätigkeiten genügend in der aktuellen Stellenbesetzungsplanung finanziert wären. Bei deutlich ansteigendem Anteil verhaltensauffälliger, dissozialer, psychisch auffälliger Gefangener sind intensive Resozialisierungsbemühungen notwendig, die nur mit ausreichendem Personal umgesetzt werden können.

Wiesbaden, 30.11.2016

Für die Fraktion DIE LINKE  
Der Fraktionsvorsitzende

**Willi van Ooyen**